Morgen-Ausgabe
No. 75. — 56. Jahrgang.

Berliner Volks-Zeitung

Beiblatt
Freitag, 14. Februar 1906

Oranienburg-Friedrichsthal.

Eine Wanderung an der oberen Havel, zum Grabow- und Lehnitz-See wollen wir am nächsten Sonntag unternehmen, falls das Wetter uns nicht aus Zimmer fesselt. Vom Stettiner Vorortbahnhof führt uns der Vorortzug der Nordbahn nach Oranienburg. Vom Bahnhof wenden wir uns links in die Stadt hinein; nach sieben Minuten schwenken wir rechts in die Löwenberger Chaussee ein. Diese führt uns zum Städtle hinaus, an Fabriken vorbei und am Waldesrande hin zuletzt über die Havel in einer guten halben Stunde nach Sachsenhausen. Wir durchwandern den Ort auf der Chaussee. Am Nordausgange verlassen wir diese und folgen halbrechts am Waldesrande entlang dem Wege nach Freienhagen. Zur Rechten haben wir erst die Häuser von Sachsenhausen, dann den Blick über die Havelniederung auf die Friedrichsthaler Glashütte, die Neuholländer Forst und die Bahn. Nach 25 Minuten überschreiten wir diese; nach weiteren 15 Minuten treffen wir am Waldrande auf eine Wegekreuzung. Hier wenden wir uns links und gelangen in großem Bogen über die Havel in 25 Minuten nach Friedrichsthal, dessen unheimlich spitziger Kirchturm uns schon lange gewinkt.

Wir verlassen das Dorf nach Osten und halten uns, den Weg nach Malz links lassend, gerade aus. Nach 12 Minuten etwa treffen wir die von Malz kommende, nach Sandhausen und Oranienburg führende Straße, der wir rechts folgen. Sie führt uns am Grabowsee entlang; jenseits erheben sich die Gebäude der Lungenheilstätte. Nach 10 Minuten etwa verlassen wir diesen Weg und wenden uns halblinks immer durch schönen Wald. Wir überschreiten nach 25 Minuten die über den Stintgraben führende Brücke und treffen 3 Minuten später wieder eine Wegteilung. Rechts gelangen wir in 15 Minuten auf die Oranienburger Chaussee. Dieser folgen wir wieder rechts, überschreiten abermals den Stintgraben und wandern, uns an dem schönen Blick über den Lehnitzsee erfreuend, in 45 Minuten zum Bahnhof Oranienburg zurück.

Deutscher Reichstag.

100. Sitzung vom 13. Februar, 1 Uhr.

(Schluß.)

Der Postetat.

Abg. **Droescher** (kons.): Der Etat ist mit großer Vorsicht aufgestellt. Einmal wegen der Finanznot, dann auch wegen der geplanten Umbildung des Beamtenkörpers. Bei den Verkehrseinnahmen wird eine Mehreinahme von sechs Millionen aus der Aufhebung des billigen Ortsportos erwartet. Es ist zu bezweifeln, daß dieser Anschlag richtig ist. Im Vorjahre erwartete man von jener Maßregel sogar zwölf Millionen Mehreinnahme. Der tatsächliche Mehrertrag aus dem höheren Ortsporto, aus dieser wenig verkehrsfreundlichen Maßnahme, ist aber bis jetzt wesentlich hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Trotzdem wird man es sich doch noch angesichts der Finanzlage sehr überlegen müssen, ob man jene Maßnahmen wieder rückgängig machen darf, wie das ein uns vorliegender Antrag v. Damm und Genossen vorschlägt. In der diesmaligen starken Vermehrung der gehobenen Unterbeamtenstellen erblicken seine Freunde die ersten Anfänge einer organischen Umbildung der Beamtenorganisation. Wenn aber gleichzeitig die Zahl der nicht gehobenen Unterbeamtenstellen so gut wie gar nicht vermehrt worden sei in diesem Etat, so hoffen seine Freunde, daß dem nicht etwa bloß die Finanzlage zugrunde liege! Und sollte auch in Zukunft eine Vermehrung der nicht gehobenen Unterbeamtenstellen so gut wie ganz unterbleiben, so sei die Besorgnis berechtigt, daß die Unterbeamten alsdann zu sehr überbürdet werden würden! Große Bedenken hätten seine Freunde ferner gegen die von der Kommission beantragte Resolution wegen Schließung der Paketannahmeschalter an den Sonnabenden und Vorabenden der Festtage schon um 6 Uhr im Interesse erweiterter Sonntagsruhe. Die Verkehrsinteressen könnten dadurch zu sehr leiden, seine Freunde seien daher gegen die Resolution stimmen. Was die höheren Beamten anlange, so sei zweifellos, daß sich das Verhältnis der Endstellen zu den Durchgangsstellen schon wesentlich günstiger gestaltet habe. Die Endstellen müßten aber und könnten auch noch vermehrt werden. Der Redner ging dann auf die Verhältnisse bei den höheren Beamtenstellen näher ein. Unter anderem wünschte er, daß die Postdirektoren den Räten gleichgestellt werden, und daß ihnen nach längerer Dienstzeit der Charakter als Geheimer Postrat verliehen werde.

Bezüglich der für das Frühjahr angekündigten Wiedereröffnung der höheren Postlaufbahn sei zu bedenken, ob dieser Zeitpunkt nicht zu früh gewählt ist. Die 2250 Anwärter, die am 1. April 1907 vorhanden wären, würden auch nach dem günstigsten Verhältnis erst in 17 Jahren in ihre Stellen eingerückt sein. Die Assessoren werden bis zur definitiven Anstellung sieben bis acht Jahre warten müssen; es werde sich eine starke Konkurrenz zwischen alten und neuen Anwärtern ergeben. Eine Personalreform der mittleren Beamten ist schon mehrmals vom Reichstag angeregt worden. Sie soll eine Vereinheitlichung der mittleren Laufbahn bringen und ist durchaus erstrebenswert; allerdings werden sich allerlei finanzielle Bedenken dabei geltend machen. Nach den Mitteilungen über die neuen Beamtenvorlagen, die in der Presse verbreitet sind, scheint es, als ob man den Wünschen des Reichstags nicht Rechnung getragen hat. Es scheint nur eine Aufbesserung von etwa 10 Prozent beabsichtigt zu sein, während wir eine solche von mindestens 20 Prozent für notwendig halten. Der Redner regt die Schaffung einer besonderen Beamtenklasse zwischen mittleren und unteren Beamten an, zu der die gehobenen Unterbeamten gehören sollen. Er fordert eine pensionsfähige Zulage für die Postverwalter und bittet, die Oberpostkassenbuchhalter und Telegraphensekretäre nicht weiterhin stiefmütterlich zu behandeln. Die Landbriefträger bedürfen einer besonderen Aufbesserung, besonders in Pommern, Ost- und Westpreußen, Posen und Mecklenburg. Auch für die Postagenten müsse besser gesorgt werden. Wenn der Staatssekretär sich seiner Beamten annehmen werde, so werde deren Dankbarkeit der schönste Lohn für ihn sein. (Beifall rechts.)

Abg. **Singer** (soz.): Das Eintreten des Vorredners für die Wünsche der Unterbeamten zeigt, daß er unsere Reden aus all den Jahren mit Erfolg gelesen hat. (Lachen rechts.) Die Einsicht in der Frage des Ortsportos für Postkarten usw. ist den Herren leider zu spät gekommen. Ein Verkehrsunrecht kann nicht früh genug wieder gut gemacht werden. Ueberhaupt muß gegenüber dem Lobgesang des Vorredners festgestellt werden: eine verschuldetere, bureaukratischere Verwaltung als die jetzige Postverwaltung gibt es in Deutschland nicht. Nichts als Fiskalismus, nur Verteuerung! So auch jetzt wieder die Telephonreform. Hoffentlich verzichtet der Reichstag jetzt ein für allemal darauf, der Reichspostverwaltung die Freiheit der Gebührenfestsetzung zu geben. Abg. Singer geht dann auf die Frage des Koalitionsrechts der Postbeamten ein. Charakteristisch für die Auffassung des Staatssekretärs ist ein Wort aus der Budgetkommission: „Vereinsmeierei". Die Beamten haben außerdienstlich dieselben Rechte wie jeder andere Bürger. Der Staatssekretär hat im Laufe der Jahre eine immer schroffere Haltung eingenommen, man vermißt gar nicht mehr den General an der Spitze der Verwaltung. Singer stellt hierauf die dienstlichen Verhältnisse der oberen und mittleren Beamten mit denen der Unterbeamten in Vergleich und wirft der Verwaltung vor, daß sie die letzteren übermäßig ausnütze und ihnen zum Teil skandalöse Löhne zahle. Der frühere Schluß der Paketschalter sei an allen Wochentagen überhaupt erforderlich im Interesse der Postbeamten und der Hausdiener der Geschäfte. Auf Verlangen des Reichstages ist die Geldbestellung am Sonntag abgeschafft; die Geldbriefträger haben nun aber nicht nur die vermehrte Arbeit am Montag, sondern werden am Sonntag zu Bureaudiensten herangezogen. Das war nicht die Absicht des Reichstages.

Der Redner bespricht weiter den Fall des Postvertrauensarztes Dr. Schellenberg in Wiesbaden, der als Freisinniger bei der Reichstagswahl gegen den Nichtsnationalliberalen sozialdemokratisch gewählt hatte und deshalb seine Stellung verlor. Das ist eigentlich eine Sache der Freisinnigen; ich dachte, sie würden es in der Budgetkommission vorbringen, aber sie sind ja jetzt im Block. (Die Freisinnigen rufen Singer zu: Haben wir ja schon bei der ersten Lesung getan!) Bei der ersten Lesung macht das keinen Effekt! (Gelächter.) Es ist unerhört, daß die Postverwaltung sich herausnimmt, sich um die Betätigung der politischen Ueberzeugung eines Bürgers zu kümmern, dem verfassungsmäßigen Wahlrecht uns Gesicht zu schlagen. Nichts setzt so sehr das Ansehen des Deutschen Reiches im Auslande herab. Das sind russische Zustände!

Abg. Singer behauptet weiter, Beweise dafür zu haben, daß Sozialdemokraten gegenüber das Briefgeheimnis verletzt werde. So ist ein Brief, den der frühere Reichstagsabgeordnete Plankuhn an die Freie Vereinigung der Maurer gerichtet hat, mit einer Verspätung von einigen Tagen in einem Zustand bestellt worden, der es erkenntlich macht, daß der Brief geöffnet und dann mit einem gummierten Papierstreifen wieder zugeklebt war. Das ist eine Unverfrorenheit sondergleichen und zugleich auch eine kolossale Dummheit. Ich habe hier noch eine Reihe ähnlicher Fälle. Ich ersuche den Staatssekretär, an seine Beamten einen Erlaß zu richten, daß sie sich nicht von den Achtgroschenjungen der Polizei verleiten lassen.

Staatssekretär **Krätke**: Ich lehne es ganz entschieden ab, an die Beamten der Reichspost- und Telegraphenverwaltung eine derartige Verfügung zu erlassen (Lebhafter Beifall rechts), weil das eine Beleidigung sein würde. (Lebhafter Beifall.) Ich kann es nicht anders — um keinen härteren Ausdruck hier in diesem hohen Hause zu gebrauchen — als eine leichtfertige Verdächtigung bezeichnen, wenn der Vorredner keine anderen Momente anzuführen hat als seine Phantasiegemälde, um zu sagen, die Postbeamten achten das Briefgeheimnis nicht. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist eine der schwersten Beleidigungen, die gegen einen Postbeamten ausgesprochen werden kann. Ich protestiere für meine sämtlichen Briefträger und Postbeamten gegen eine derartige Beleidigung. (Beifall.)

Der Vorredner hat unter anderem auch behauptet, die Geldstrafen würden jetzt erheblich reichlicher erhoben; auch das ist vollständig unrichtig. Es ist allgemein bekannt, daß ich kein Freund von Geldstrafen bin. Das wissen die Chefs der Provinzialverwaltungen und auch die Beamten. Die Zahl der Geldstrafen hat erheblich abgenommen. Innerhalb der letzten sechs Jahre hat eine Vermehrung des Personals um 24,92 Prozent stattgefunden. (Zuruf: Leider!) Trotzdem ist in dem gleichen Zeitraum der Betrag der Geldstrafen um 19 Prozent gesunken.

Nun der Fall Schellenberg!

Ich weiß nicht, ob Dr. Schellenberg dem Vorredner dafür dankbar sein wird, daß diese Angelegenheit von seiner Seite hier zur Sprache gebracht worden ist. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Es ist unrichtig, daß das Verhältnis des Dr. Schellenberg zur Reichspostverwaltung wegen seiner Stimmabgabe gelöst worden ist. Die Reichspostverwaltung kümmert sich darum, in welcher Weise Dr. Schellenberg seine Stimme bei der Reichstagswahl abgegeben hat, gar nicht, denn es ist geheime Wahl. Der Fall liegt ganz anders. Es ist mir bekannt, daß Dr. Schellenberg sozialdemokratisch gewählt hat. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Wodurch?) Durch direkte Anzeige. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Durch Denunziation!) Darauf habe ich einen Bericht eingefordert. Der Bericht ist dahin ausgefallen, daß ein höherer Beamter mit Dr. Schellenberg gesprochen hat, wobei ihm Dr. Schellenberg gesagt hat: „Ja, ich habe meine Stimme für den Sozialdemokraten abgegeben." Das ist sofort durch eine Kellnerin bekannt geworden und in die Kreise der Postbeamten hineingekommen. Es steht nun fest: Solange die sozialdemokratische Partei feindlich unseren Einrichtungen gegenübersteht (Lachen und Unruhe bei den Sozialdemokraten) — jawohl meine Herren — solange können Sozialdemokraten als Beamte nicht geduldet werden. (Lärm der Sozialdemokraten und Zurufe: Ist ja gar kein Beamter!) Gewiß! Das verträgt sich nicht mit dem Eid, den der Beamte geleistet hat. (Lebhafte Zustimmung rechts, Lärm der Sozialdemokraten.) Herr Singer hat erklärt, ich sei der Verleumder des Dr. Schellenberg. Davon ist keine Rede. Mit dem Vertrauensarzt schließt die Postverwaltung einen Vertrag, in dem auch Kündigung von beiden Seiten vorgesehen ist. Dieser Vertrag ist auch mit Dr. Schellenberg geschlossen worden. Ich brauche aus meinem Herzen keine Mördergrube zu machen und kann erklären, es tut mir leid, daß sich durch die Unvorsichtigkeit des Dr. Schellenberg in der Stadt die Nachricht verbreitete, er habe sozialdemokratisch gewählt. Ich beauftragte die Oberpostdirektion, einen höheren Beamten zu ihm zu schicken, der ihm sagen sollte, daß es das Beste wäre, wenn er seine Stellung aufgeben würde. Das lehnte er ab, und infolgedessen blieb nichts übrig als seine Entlassung, damit bei den Unterbeamten Lärm und Unruhe keine Erregungen und Wirrungen entstanden. (Lärm und Gelächter der Sozialdemokraten.) Wenn der Fall heute noch einmal vorkommen würde, so würde ich genau so handeln. (Beifall rechts, Gelächter der Sozialdemokraten.) Herr Singer hat mich nicht davon überzeugen können, daß meine Auffassung falsch ist. Ich kann nicht zu jedem Unterbeamten hingehen und zu ihm sagen: Dr. Schellenberg ist ein tüchtiger Arzt. Ihr dürft aus der Tatsache, daß er sozialdemokratisch gewählt hat, nicht auf sozialdemokratische Neigungen bei ihm schließen! Von seiten der Postverwaltung ist auch nicht eine Silbe über die Sache in die Zeitungen gekommen. Die Veröffentlichungen sind von Dr. Schellenberg ausgegangen.

Herr Singer hat uns zum Vorwurf gemacht, daß unsere soziale Fürsorge für Beamte und Unterbeamte verschieden sei, und daß wir die Beamten bevorzugen. Hätte er die Statistik nachgesehen, so wäre er zu einem solchen Urteil nicht gekommen. Daß die Arbeitszeit der höheren und der unteren Beamten verschieden ist, ist selbstverständlich. Geistige Tätigkeit strengt mehr an als körperliche, und es ist in der ganzen Welt so, daß die geistig tätigen Menschen nach der Zeit weniger beschäftigt sind als die körperlich tätigen. Innerhalb der letzten fünf Jahre sind zur Verbesserung des Leistungsmaßes der Beamten und Unterbeamten erhebliche Summen ausgegeben worden, für die Beamten 2,690.000 Mark, für die Unterbeamten 4,490.000 Mark; zur Durchführung des Erholungsurlaubs an Stellvertreter für Beamte und Unterbeamte gleichmäßig etwa sechs Millionen Mark, zur Durchführung der Sonntagsruhe an Beamte 90,400 Mark und an Unterbeamte 3,200,000 Mark. Unsere soziale Fürsorge wird also nicht verschieden abgemessen. Wir vernachlässigen die Unterbeamten nicht. Die Auffassungen des Herrn Singer teilt kein Unterbeamter. Sie sind vollständig davon überzeugt, daß die Verwaltung in erster Linie für sie wirkt. Ich habe bei meinem Amtsantritt sofort zu erkennen gegeben, daß es in erster Linie meine Aufgabe sein werde, für die Unterbeamten zu sorgen, und daran habe ich festgehalten. (Beifall.) Wir zahlen keine schlechten Löhne. Wenn Herr Singer uns hier eine schlechte Statistik vorgeführt hat, so kommt das daher, daß er die Aushelfer, die nur zwei, drei Stunden täglich beschäftigt werden, nicht bedenkenlos berücksichtigt hat. Die Sonntagsruhe bringt die Notwendigkeit solcher Aushelfer mit sich, und dadurch geht der Durchschnitt zurück. In Wirklichkeit zahlen wir ortsübliche Löhne.

Was die Geldbestellungen anlangt, so werden die Vorteile, die durch die Aufhebung der Sonntagsbestellung sich ergeben haben, auf das ganze Personal verteilt. Wunderbar ist es mir — aber eigentlich sollte ich mich bei Herrn Singer nicht darüber wundern —, daß er

mich als rücksichtslosen Menschen bezeichnet.

Er sagt einfach zu mir: du bist doch für den Verkehr da und sorgst nicht dafür; wir machen mit Dir sehr schlechte Erfahrungen, wenn du mit einer Reform kommst, so gibt es immer eine Verteuerung." Ich habe mich mit dem Handelstag, dem Deutschen Landwirtschaftstag, dem Handwerkertag und den Industriellen in Verbindung gesetzt. Ich habe mir ihr Urteil erbeten, mehr kann ich nicht tun. Es entspricht ganz meinen Wünschen, wenn dort, wo die Verhältnisse es gestatten, die Postanstalten früher geschlossen werden. Ich muß mich aber nach den Bedürfnissen des Verkehrs richten. Ich möchte bei derartigen Wünschen aber davor warnen, sich auf bestimmte Tage festzulegen, für die ein früherer Schalterschluß gewünscht wird.

Ob der Abg. Droscher so ganz genau über die Verhältnisse der Postbeamten unterrichtet ist, weiß ich nicht. Ganz im Interesse der Beamten möchte ich die Herren davor warnen, gleich immer alles zu verallgemeinern. Es wäre ja sehr einfach, alle Wünsche der Beamten zu erfüllen, es muß aber in erster Linie entschieden sein, ob wirklich ein Bedürfnis vorliegt. Ich kann nun nicht mit einem Male sagen, weil so und so viele Beamte daran interessiert sind, müssen wir so und so viel Sekretäre zu Obersekretären machen. Wer hat nicht in jüngeren Jahren Wünsche gehabt, die man nachher in höherem Alter und in einer höheren Stellung, von der man das Ganze überschauen kann, später ganz anders beurteilt! Darum verallgemeinern Sie nicht jeden Wunsch, der an Sie herantritt!

Die neuen Anwärter für die höhere Laufbahn haben gar keinen Anlaß, unruhig zu sein. Die Beamten werden in höhere Stellen befördert, wenn sie den Anforderungen genügen, ihre Examina gemacht haben und sich in ihrer ganzen Tätigkeit für höhere Stellen geeignet gezeigt haben. Es wird keiner Stelle einfallen, gute Beamte nicht zu befördern, man wird immer zufrieden sein, es tun zu können. Die Annahme von neuen Anwärtern wird sich natürlich in Grenzen halten.

In bezug auf die gehobenen Unterbeamten kann man sagen: Alles, was man tut, ist falsch. Erst ist ein Examen gefordert worden, jetzt heißtes, das Examen ist nicht nötig. Jedenfalls liegt es nicht in der Absicht der Verwaltung, die früheren gehobenen Unterbeamten und die späteren, durch eine Prüfung in diese Stellen kommenden differenziert zu behandeln; sie werden alle gleichmäßig behandelt.

Abg. **Kopsch** (fr. Vp.): Das Material, das der Abg. Singer bezüglich der Verletzung des Briefgeheimnisses vorbrachte, halte ich für durchaus ungenügend, um so schwere Beschuldigungen vorzubringen. Herr Singer sagte zwar, er hätte Material. Aber dann wäre es seine Pflicht gewesen, dies Material vorzubringen. Wenn dies Material beweiskräftig gewesen wäre, hätte gewiß das ganze Haus seine Klagen unterstützt, denn in solchen Fragen gibt es keine Parteiunterschiede. — Im Falle Schellenberg billigen wir das Vorgehen der Postverwaltung nicht, denn die Verwaltung darf nicht in die staatsbürgerlichen Rechte der Bürger eingreifen. — Durch den internationalen Postkongreß ist eine Anzahl von Reformen eingetreten, zum Beispiel die Verbilligung des Portos für schwere Briefe, die Antwortscheine usw. Doch meine ich, man sollte auch im Inlande das einführen, was man dem Auslande zugesteht, man müßte auch in Deutschland Antwortscheine und Umwechslungsstellen für die bayerischen Marken einführen. Die Wünsche des Abgeordneten Singer bezüglich des billigen Ortsportos unterstützen wir. Doch bedauere ich es, daß Herrn Singer die staatsmännische Einsicht gefehlt hat als es sich darum handelte, die Privatposten aufzuheben. Damals war Herr Singer für die Aufhebung der Privatposten, obwohl unser früherer Führer Richter die Folgen vorausgesagt hat. Die Erhöhung des Ortsportos ergab ein großes Fiasko. Es ist eben ein falscher Schluß, daß erhöhtes Porto auch erhöhte Einnahmen bringen wird. Durch die beabsichtigte Verteuerung der Fernsprechgebühren wird der kaufmännische und gewerbliche Mittelstand aufs schwerste geschädigt, denn die kleinen Geschäftsleute sind gezwungen, Telephone zu haben. Die Postverwaltung sagt zwar, die Geschäftsleute können sich für die Benutzung des Telephons 10 Pfennig zahlen lassen. Aber dieser Einwand ist hinfällig, denn wenn sie dies tun würden, dann würden sie in den meisten Fällen ihre Kunden verlieren. Sehr berechtigt sind die Klagen der Unterbeamten. Uns ist zwar gesagt, wir möchten mit der Beamtenaufbesserung warten, bis Preußen damit vorangeht. Aber der Reichstag hat keine Veranlassung, auf Preußen Rücksicht zu nehmen. Preußen nimmt auch keine Rücksicht auf den Reichstag. Es ist nicht wahr, daß Preußen in Deutschland voran ist. Das Gegenteil ist richtig. Erst in diesen Tagen hat der Minister Holle im Abgeordnetenhause Aeußerungen getan, die alle Liberale und selbst die Kreise der Freikonservativen aufs schmerzlichste berührt haben. Ich hoffe deshalb, daß uns noch vor Ostern die Beamtenvorlagen zugehen werden, ohne Rücksicht auf die Reichsfinanzreform. Verteilt werden dadurch die einzelstaatlichen Finanzminister etwas weniger steifbeinig gegen direkte Reichssteuern. Der Parteisekretär der Konservativen hat an Beamtenvereinigungen geschrieben, daß die Konservativen nicht unter die im Vorjahre beschlossenen Gehaltssätze heruntergehen würden. Wenn andere Parteien dies täten, würden die Konservativen dies sicher demagogisch nennen.

Der Redner geht hierauf auf die Beamtenfragen ein, und tadelt es, daß der Staatssekretär den Posteleven eine Audienz verweigert habe, weil sie sich an Reichstagsabgeordnete gewandt hatten. Ferner mißbilligt er einige Maßregelungen von Postbeamten, die dem Staatssekretär unbequeme Zeitungsartikel geschrieben hatten. Den Antrag Gamp, der die Ortsmarkenzulagen wieder einführen will, können wir nicht annehmen. Denn in der Form, wie er vorliegt, bezieht er sich auch auf pensionierte Beamte, soll also auch ein Kampfmittel gegen die Polen sein. Dem Antrag von Damm stimmen wir dagegen zu, und behalten uns einen Antrag vor, der Postkarten für drei Pfennig einführen will. (Beifall links.) Staatssekretär **Kraetke** bestreitet, daß Maßregelungen vorgekommen seien, kein Postvorsteher sei versetzt oder bestraft worden. Den Posteleven habe ich gelegt, daß ich sie gern hören wolle. Da ich annehme, daß sie Vertrauen zu mir hätten; sie aber gleichzeitig eine Aktion beim Reichstag vornähmen, so sähe ich da einen Mangel an Vertrauen zu mir. (Unruhe links.) Ich habe aber ausdrücklich anerkannt, daß die Beamten ein Recht hätten, sich an den Reichstag zu wenden. Von einer Verkürzung der Rechte der Beamten kann also keine Rede sein. Die Bestrafung wegen der Artikel, in denen ich auf das maßloseste angegriffen wurde, mußte im Interesse des Dienstes erfolgen. Spielen lasse ich nicht mit mir. Ich strafe nicht gern, wenn ich aber strafe, strafe ich streng.

Hierauf vertagt das Haus die weitere Beratung auf Freitag 1 Uhr. Schluß 6½ Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

30. Sitzung vom 13. Februar. (Schluß.)

Der Kultusetat.

Abg. **Winckler** (kons.) erklärt sich namens seiner politischen Freunde mit der Stellungnahme des Kultusministers zu der Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung durchaus einverstanden und kommt dann auf die Ausführungsbestimmungen zu dem Schulunterhaltungsgesetz zu sprechen. Dem Abg. Friedberg antworte er, daß es seinen politischen Freunden allerdings Herzenssache sei, den religiösen Charakter der Volksschule hervorzuheben, eine Unterordnung der Schule unter die Kirche liege ihnen aber durchaus fern. Das